

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 4

Rubrik: Integration zur Anpassung? : Emigranten aus der CSSR diskutieren ihre Lage

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Kommentar

«Niedertracht»

Unter dem Titel «Niedertracht» hat die Moskauer «Literaturnaja gaseta» vom 5. 2. 1976 über die sowjetische Polit-Psychiatrie geschrieben. Wobei die Niedertracht im Sinne des Autors Grigorij Koslow nicht etwa darin besteht, dass man Andersdenkende in Irrenhäuser sperrt, sondern darin, dass die imperialistische Reaktion im Westen das zum Vorwand nimmt, sich in die inneren Angelegenheiten der UdSSR einzumischen.

Wobei Koslow Wert auf die Feststellung legt, dass die klinisch behandelten antisowjetischen Elemente tatsächlich verrückt seien. Das erweise sich gerade bei einigen der Typen, die man in



Valerij Tarsis

den Westen habe gehen lassen, wie zum Beispiel bei jenem V. Tarsis, «der sich vor vielen Jahren in die ‚freie Welt‘ begab mit seiner Schizophrenie, die ihm (...) die Feder führte, aus der seine hirnerbrannten Werke über die Sowjetunion flossen...» Man habe ihn sowohl in den USA als auch in Westeuropa klinisch für seine Geisteskrankheit weiter behandeln müssen.

Eine Woche später (11. 2. 1976) doppelte die LG nach, diesmal unter Bezugnahme auf die Pressekonferenz, die Leonid Pljuschtsch in Paris gegeben hatte. Ein Textbeispiel aus dem nunmehr anonymen Beitrag:

«Bekanntlich wurde dieses antisowjetische Element (Pljuschtsch) für seine verbrecherischen Handlungen seinerzeit gemäss den Gesetzen unseres Landes nicht verurteilt, sondern auf Gerichtsentscheid hin einer Zwangsbehandlung unterzogen, weil eine kompetente medizinische Expertise ihn für geisteskrank befunden hatte.

Und nun erhielt Pljuschtsch nach erfolgter Behandlung die Möglichkeit, in seinen hergeliebten Westen auszureisen. Auf antisowjetische Elemente können wir ja verzichten. Wir möchten nur daran erinnern, dass Pljuschtsch schon Vorgänger gehabt hat. Auch andere Leute, die im Westen ‚die Freiheit wählten‘, hatten schon ebenso lärmig aufgezogene Pressekonferenzen gegeben, angefangen beim nicht so unbekanntem Psychopathen Tarsis.

Dass dieser Tarsis auch im Westen ins ‚Gelbe Haus‘ kam, haben wir schon im Artikel ‚Niedertracht‘ berichtet. Ob auch Pljuschtsch im Pariser Irrenhaus landen wird, wissen wir nicht...»

*

Soweit das hübsche Stück an potenziertem Niedertracht. Einmal in der schlichten Lüge über Valerij Tarsis. Die «Literaturnaja gaseta» hat hier an die «Auskunft» angeknüpft, die 1973 der französische kommunistische Abgeordnete Roland Leroy gegeben hatte: Tarsis befände sich in einer psychiatrischen Anstalt in den USA. Nun, unser Mitarbeiter befand sich damals wie heute nicht dort, sondern bei guter Gesundheit in seiner Wohnung in der Nähe Berns. Und er hat, wie wir anfügen dürfen, keine psychiatrische Behandlung gebraucht, seitdem er vor genau zehn Jahren, im Februar 1966, bei einer bewilligten Reise nach Grossbritannien durch Ausbürgerung an der Rückkehr in die Sowjetunion verhindert wurde.

Uebrigens hat die LG sogar die sowjetamtlichen Angaben über den Fall Tarsis vergessen. Man hatte ihn 1962 nicht als «schizophren», sondern

als «depressiv» eingeliefert; man liess ihn nach sieben Monaten auf internationalen Protest hin wieder frei; bis zu seiner «Ausreise» lebte er dann ohne jede Behandlung in Moskau. Seine «Botschaft aus dem Irrenhaus» hatte die Weltöffentlichkeit auf die sowjetische Polit-Psychiatrie aufmerksam gemacht, die seither immer wieder bezeugt worden ist.

Und von der LG bestätigt wird, die ja keinem Zweifel daran lässt, dass die Behandlung den antisowjetischen Elementen gilt.

*

Womit wir zur nächsten Stufe der Niedertracht kommen. Was, wenn die psychiatrische Behandlung von V. T. nicht gelogen gewesen wäre? Was, wenn Pljuschtsch tatsächlich in Paris behandelt werden müsste? Der hämische Gedanke daran ist ein unglaublich ekelhafter Triumph: Man spritzt einen Menschen zur Strafe für seine selbständige Denkfähigkeit jahrelang mit Drogen voll und weist dann genüsslich darauf hin, dass es mit seiner Gesundheit nicht zum besten bestellt sei. Und diesen Zynismus hat man öffentlich...

*

Am psychiatrischen Weltkongress von 1971 in Mexico City hatte man zwecks Vermeidung von «Kaltm Krieg» darauf verzichtet, auf das Thema der sowjetischen Politikliniken einzugehen. Ende dieses Jahres ist in Hawaii der nächste Weltkongress fällig. Ein nochmaliges Verschweigen wäre schon nicht mehr «Wohlverhalten» sondern Komplizenschaft.

Christian Brügger

Integration zur Anpassung?

Emigranten aus der CSSR diskutieren ihre Lage

Was hat der Emigrant aus dem Osten im Westen eigentlich zu wollen? Eine Diskussion zwischen CSSR-Flüchtlingen und Sprechern westlicher Institutionen hat gezeigt, dass die Beantwortung dieser Frage den Menschen «von drüben» keineswegs leicht fällt und auch nicht so leicht gemacht wird.

Eine Studientagung der tschechischen Laienorganisation Opus Bonum (BRD) in Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung München wurde vom 14. bis 18. Januar 1976 im Fichtelgebirge durchgeführt. Das Thema «Die Aufgabe der christlich-sozialen Bewegung in Europa und der Standpunkt des Akademikers aus dem Ostblock» sollte die oft problematische Lage eines christlich gesinnten, im westlichen Teil des Kontinents lebenden Intellektuellen aus Osteuropa zum Ausdruck bringen. Auf der einen Seite kann er seine alte Heimat und die dortgebliebenen Freunde und Familienangehörigen nicht vergessen, auf der anderen Seite soll er sich möglichst rasch in seiner neuen Heimat integrieren. Und dabei will er nicht tatenlos zuschauen, wie die kommunistische Macht seine alte Heimat wirtschaftlich ruiniert und geistig demoralisiert, oft

mit direkter oder indirekter Unterstützung des Westens.

Der Rektor der Münchner Universität, Professor Lobkowitz, betonte in seinem Referat, dass es im Grunde keine christliche Politik gibt, sondern nur allenfalls eine Politik von Christen.

Prof. Arnold von der Hanns-Seidel-Stiftung schilderte die Lage der Emigranten aus dem Osten und deren häufig sehr schwierige Bemühungen beim Eingliederungsprozess im Westen. Oft fehlen richtige Informationen und Kontakte zu den zuständigen Flüchtlingsorganisationen. Mit diesen Problemen befassten sich noch weitere zwei Referate, von welchen dasjenige des russischen Schriftstellers und Dissidenten Wladimir Maximow wohl das interessantere war. Dieser forderte die Emigranten aus dem Osten auf, für den Tag X, d. h. für den Tag, an dem es zum Regierungszusammenbruch auf dem Evolutionswege kommt, alles vorzubereiten, was man dann den Völkern im Osten bieten könnte. Er lehnt konsequent jede Mitarbeit mit jenen Kommunisten ab, die nicht bereit sind, ihre Doktrin abzulegen. Man könne nur mit Sozialisten zusammenarbeiten, die sich nicht gegen das Christentum stellen.

An der gegen Ende der Tagung abgehaltenen Pressekonferenz mit deutschen und amerikanischen Journalisten hat Maximow das Postulat der Tagung lapidar, aber dennoch präzise ausgedrückt: Einheit der oppositionellen Gruppen gegen den Totalitarismus und ständige Aufrüttelung der schlafenden westlichen Gesellschaft, die grosse Mühe hat, diese Macht deutlich zu erkennen und wirksam zu bekämpfen.

WV